

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Verlagsort: Dresden.
Verlagsnummer: 25 241.
Für die Nachlieferung: 20011.

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 30. September 1920 mit tagl. zweimaliger Zustellung 1,50 Mk. Postgebühren für Monat September 3 Mk. ohne Postgebühren.
Unzeigen-Preise: Die Unzeigen werden nach Maßstab berechnet; die einseitige 30 mm breite Seite 30 Pf., für zweifach 50 Pf., für 90 mm breite Seitenansicht 1,50 Pf., überhalb 200 Pf. Übersichtsgebühr 10 Pf. Kupon-Verfahren gegen Vorabzahlung.

Druck u. Verlag von Ullrich & Reichardt in Dresden.
Polische-Agents 1068 Dresden.

Wachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe „Dresdner Nachrichten“ zulässig. Unpersönliche Schriftstücke werden nicht übernommen.

Stresemanns Bericht im Reichstabinett.

Das Kabinett dankt der deutschen Delegation und billigt die Verhandlungen von Thoiry. Ein neues Eisenbahntariff aufgedeckt. — Der Konflikt zwischen dem Sejm und der polnischen Regierung spitzt sich zu.

Ein Ministerauschuss zur deutsch-französischen Annäherung.

Paris, 24. September. In der heutigen, unter Vorsitz des Reichsfanzlers Dr. Marx abgehaltenen Sitzung des Reichskabinetts erhaltete Reichsaußenminister Dr. Stresemann Bericht über die Tätigkeit der deutschen Delegation auf der Völkerbundversammlung in Genf. Das Kabinett stimmte der Haltung der deutschen Vertreter zu und sprach dem Reichsaußenminister sowie den übrigen Mitgliedern der Delegation für die geleistete Arbeit seinen Dank aus.

Anschließend daran berichtete Dr. Stresemann über den Inhalt seiner Verhandlungen mit dem französischen Außenminister Briand zur Frage des deutsch-französischen Ausgleichs. Das Kabinett billigte einstimmig und grundsätzlich diese Verhandlungen, zu deren Weiterführung ein aus dem in Betracht kommenden Ressortministern bestehender Ausschuss gebildet wurde, der dem Kabinett demnächst Bericht erstatten soll.

Vor Einberufung des Auswärtigen Ausschusses.

Berlin, 24. September. Sofort nach Rückkehr des Reichsaußenministers nach Berlin ist der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, Staatsminister a. D. Herat, mit Dr. Stresemann wegen Einberufung einer Sitzung des Auswärtigen Ausschusses in Verbindung getreten. Der Termin liegt noch nicht fest. Die Einladung wird in den nächsten Tagen erfolgen.

Falsche Auslandsinterpretationen zu Thoiry.

Berlin, 24. Sept. Gegenüber den Angaben ausländischer Blätter, in denen als Grundlage für die deutsch-französischen Verhandlungen die Abfertigung von 8 Milliarden genannt wurde, kann nur gesagt werden, daß die Zahlenfrage in der Besprechung von Thoiry nicht erörtert wurde, sondern daß man sich nur auf ein allgemeines politisches Programm zu verständigen suchte. Es wird Sache der Erörterung der Sachverständigen sein, in bezug auf die Zahlenfrage wie auch in bezug auf andere Einzelheiten zu Vorschlägen zu gelangen.

In der ausländischen Presse wird die Sache so dargestellt, als ob die Aufgabe des Franzosenzuges für einen bestimmten Betrag keine wesentliche Konzeption von deutscher Seite wäre. Dem kann nicht entschieden genug entgegengetreten werden. Ein solcher Betrag würde für Deutschland ein sehr schwerwiegendes Zugeständnis sein, aber dessen Auswirkung man sich klar sein muß. — Wenn von einer Erhöhung des Zinsfußes für einen Teil der Eisenbahnanlagen die Rede ist — man denkt dabei etwa an die Aufgabe einer neuen mit 7 Prozent verzinsten Serie — so ist eine solche Erhöhung höchst unwahrscheinlich. Auf jeden Fall kann, was auch immer vereinbart wird, keine Wehrbelastung über den Dawes-Plan hinaus für Deutschland in Frage kommen; eine solche Wehrbelastung ist nach Erklärung des Reichsaussenministers vollständig ausgeschlossen.

In der Pariser Presse wurde behauptet, daß Reichsaußenminister Dr. Stresemann in seiner Unterhaltung in Thoiry auch Zugeständnisse hinsichtlich eines Vorgehens gegen die sogenannten illegalen Verbände in Deutschland gemacht habe. Hierzu wird von zuständiger Stelle bemerkt, daß Briand in Paris erklärt habe, durch die Besprechungen

in Thoiry sei das Kabinett in keiner Weise gebunden. Ein gleiches dürfte auch für das deutsche Kabinett zutreffen.

Die „Gambrius“-Rede Stresemanns.

Berlin, 24. September. Die sogenannte „Gambrius“-Rede des Reichsaußenministers Dr. Stresemann, die in Genf in einem kleinen deutschen Kreise gehalten wurde, ist in den Berichten ausländischer Blätter vielfach stark entstellt worden. Eine Richtigeinstellung ist inzwischen schon erfolgt. Eine Veröffentlichung des Wortlautes der Rede, die frei gehalten wurde, kann nicht in Frage kommen, da ein Stenogramm nicht ausgezogen war. Die Rede war auch nicht für die große Öffentlichkeit bestimmt.

Die „erledigte“ Kriegsschuld Deutschlands.

Paris, 24. September. Die „Volonté“ steht in der Rede Stresemanns, abgesehen von einigen Formfehlern, keinen Grund zur Erregung. Die Rede enthalte keine Ueberrassungen. Die Ausführungen über die Räumung des Rheinlandes und des besetzten Gebietes hätten den Meldungen der Blätter nichts Neues hinzuzufügen. Was die Erklärung zur Kriegsschuld angeht, so werde Frankreich kaum hoffen können, daß sich Deutschland aus freien Stücken für den Konflikt von 1914 verantwortlich bekenne. Stresemann habe diese Frage nicht vermeiden können, nachdem er die Deutschenationalen durch seine Politik bereits erwidert habe. Er habe sich außerordentlich klug aus der Affäre gezogen, denn er habe eine Formel geprägt, nach der jede deutsche Propaganda für eine Revision des Artikels 231 des Friedensvertrages unmöglich gemacht werde. Von dem Augenblick an, wo Deutschland durch seine Aufnahme in den Völkerbund sich als unschuldig gelassen hätte, sei die Frage der Kriegsschuld erledigt. Man habe fürchten können, daß sie eines Tages in offizieller Form von Deutschland vorgebracht werden würde. Jetzt sei diese Schwierigkeit umgangen. Das wichtigste sei, daß Voltaire in seiner Rede nicht die Ungleichgültigkeit begebe, Stresemann widerlegen zu wollen. Dies würde genügen, um die Politik von Thoiry zu erklären.

Englische Empfindlichkeiten in der Mandatsfrage.

London, 24. September. Auch der „Daily Telegraph“ schließt sich nunmehr der scharfen Kritik der französischen Presse an der Rede Stresemanns an, die er vor der Deutschen Kolonie in Genf gehalten hat. Besonders scharf schreibt er gegen die Bemerkung Stresemanns über die Kolonialfrage. In der Tat geht es nur um einen Punkt in seinen Ausführungen, der kritisiert werden müßte und das sei seine Behauptung, daß die Eingeborenen der früheren deutschen Kolonien die Rückkehr ihrer früheren deutschen Beherrscher wünschten. (Z. U.)

Kein größerer Abtransport französischer Truppen.

Wien, 24. September. Wie der „Wiener Anzeiger“ von unabhängiger französischer Seite erzählt, hat ein größerer Abtransport französischer Truppen aus dem Rheinlande bisher nicht stattgefunden und ist auch nicht in Aussicht. Es treffe allerdings zu, daß in letzter Zeit keine Truppentransporte, die aber die Zahl 700 nicht erreichen, in französische Garnisonen abtransportiert worden seien.

Die deutschen Sozialdemokraten in Sowjet-Rußland.

Von Dr. Ernst Seraphim.

Vor kurzem weilte eine deutsche sozialdemokratische Studien-Delegation — es ist bereits die zweite — in Sowjet-Rußland. An ihrer Spitze der Genosse Koerber. Obwohl sonst das heutige Rußland für Sozialdemokraten, Sozialrevolutionäre, Menschewitsch und andere ein ungemütlicher Aufenthalt ist, als das zarische es war, so bemüht man sich doch in Moskau durch die üblichen Empfänge, Besichtigungen von Musterfabriken, statistische Diagramme und nachdrückliche Propagandareden den deutschen Genossen klar zu machen, daß sie im eigenen Interesse und dem des deutschen Proletariats gut täten, möglichst bald aus Sanktionen zu Paulus zu werden. Offenbar versprechen sie sich damit gute Erfolge. Die Berichte in den „Iswestija“ versichern wenigstens, daß die deutschen Sozialdemokraten in Moskau zu den in das Weiden des russischen Volkswirtschaft einfließenden Neben von Bukharin, Tomski und Rykow wiederholt ihre lebhafteste Zustimmung durch Rufe „Sehr richtig!“, „Sehr gut!“ und durch stürmischen Applaus zum Ausdruck gebracht hätten. Nur bei den Erklärungen Rykows, warum von einer Gleichstellung der Sozialdemokraten mit den Kommunisten in Sowjet-Rußland nicht die Rede sein könnte, hätten sie geschwiegen. Er sagte ihnen nämlich „zur Vermeidung von Mißverständnissen“ sehr entschieden auseinander, daß die Sozialdemokraten in Rußland die erbittertesten Feinde des heutigen Systems seien und man ihre Hände überall wäre, wo es gelte, ihm Schwierigkeiten zu bereiten, und durch Terrorakte, Aufruhr und Verschwörungen die bolschewistische Herrschaft zu untergraben. Ja, sie versuchten es nicht, sich zu diesem Zwecke mit dem Bürgertum in Verbindung zu setzen. Des Reizes entbehrte die Bemerkung Rykows nicht, der in Parallele zu der roten Ausschaltung der Sozialdemokraten in Sowjet-Rußland erklärte, es sei doch selbstverständlich, daß die Sozialdemokraten in Deutschland, wenn sie die Macht in ihrer Hand hätten, Rasko und ähnliche „Sozialdemokraten“ hinter Schloß und Riegel setzten. Er fügte hinzu, daß Bürgerium in Westeuropa werde sich natürlich zur Wehr setzen, wenn sich dort die Befehle der russischen Oktober-Revolution wiederholten: „Aber eine Revolution wird nicht mit weißen Handschuhen gemacht. Sie entscheidet sich auf den Barricaden durch Kanonen und Maschinengewehre.“

Daß Moskau unter diesen sogenannten Sozialdemokraten gerade den „Vorwärts“ und die alten Führer der Sozialistischen Partei in Deutschland vertritt, darüber lassen die ironisch-bittigen Bemerkungen der „Iswestija“ vom 12. August nicht den geringsten Zweifel: die betonte Unterzeichnung zwischen dem nach Sowjet-Rußland gereisten Delegierten vom Schlage Koerbers, die in Moskau Maria Jettin auf das innigste begrüßten, und den „Schiedemann, Weiss und Roske“. Letztere werden als verächtliche Parteigänger der schwarzen Reaktion „in eine Linie“ mit „Times“, „Morning-Post“ und „Daily Herald“ gestellt. Die „Iswestija“ zitiert dann voller Begehren eine Erklärung Koerbers in der „Roten Fahne“, in der er den Wunsch ausdrückt, die Führer der Deutschen Sozialdemokratie möchten doch selbst nach Sowjet-Rußland kommen, um hier zu erkennen, wie man die Arbeiterinteressen wirksam vertreten müsse. Seit 50 Jahren rede man freilich in Deutschland darüber große Löhne. Weidenden sei in Wirklichkeit aber gar nichts. Man begreift es, daß der „Vorwärts“ mit dem Genossen Koerber sehr unzufrieden ist und ihn an das furchtbare Los der Genossen in russischen Gefängnissen erinnert.

Er möge doch nicht vergessen, daß im roten Paradiese Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und Hunger herrschen.

Man sieht klar, worauf die Moskauer hinauswollen: die gemäßigten deutschen Sozialdemokraten sollen diskreditiert, ihnen als Verrätern der Arbeiter der Boden untergraben werden, während die nach links neigenden radikalen Elemente zum Anschluß an die Dritte Internationale als die einzige wahre Arbeitervertretung überredet werden sollen. Mit dringenden und werbenden Worten wird ihnen die internationale Solidarität als das einzige Mittel zur Herrschaft nahe gelegt, und ihnen, wie überhaupt dem gesamten nicht-russischen Proletariat, die finanzielle Hilfe Räte-Rußlands versprochen.

Diesem werbenden und lodenden Neben ging die bekannte überaus geistreiche Propaganda durch Vorführung von Musterbetrieben aller Art zur Seite. Die deutschen Delegierten, die zudem der russischen Sprache ziemlich nicht kundig sind, waren, wie die meisten Westeuropäer, mit völlig irrigen Vorstellungen nach Sowjet-Rußland gekommen. Sie glaubten offenbar nur Trümmer vorzufinden und waren erstaunt, in Moskau auf ein äußerlich reich pulserendes Leben zu treffen und den Willen zu spüren, auf dem Wege des Aufbaues weiter fortzuschreiten. Das dieses äußere Bild leicht täuscht, liegt auf der Hand. Man braucht nur daran zu erinnern, wie irrig Schlussfolgerungen auf den wirtschaftlichen Stand Deutschlands gewesen wären, die während der In-

Der Konflikt zwischen dem Sejm und Bartels.

Auflösung des polnischen Landtags?

(Durch Funk-Spruch.)

Warschau, 24. September. Infolge des gestrigen Spracherlasses des Budgetausschusses bemühte sich Ministerpräsident Bartels bis gestern in die späten Nachmittagsstunden hinein, mit den Sejm-Parteien zu einem Kompromiß zu gelangen. Um 6 Uhr abends verbreitete sich in den Wandelgängen die Nachricht, daß Willmski ihm die latonische Weisung habe telegraphisch zukommen lassen: „Keine Kompromisse“. Daraufhin wurden die Verhandlungen mit den Parteien sofort abgebrochen, und der Ministerrat trat zusammen. Der einstimmige seiner Meinung dahin Ausdruck gab, daß eine Verminderung der Ausgaben gegenüber dem Regierungsbudget nicht durchzuführen ist.

In der Regierungskammer wird die Lage dahin kommentiert, daß sehr nicht der Regierung; sondern dem Van-Tag eine Krise drohe. Der Sejm wird jetzt vor die Alternative gestellt, entweder Bewilligung des Budgetvorprojekts in der von der Regierung vorgeschlagenen Fassung oder Auflösung des Landtags.

In einer Besprechung der Lage im Sejm unterstreicht der parlamentarische Kewu Kurjer Politi, daß die parlamentarische Regierung Bartel gegen offenen Druck mit dem Sejm vermeiden wolle. Die Anträge des Budgetausschusses seien jedoch nicht eine Vereinfachung des parlamentarischen Budgetrechtes, sondern eine rein politische Demonstration, die mit Schlagworten spielende Fraktionsvertreter veranstalteten. Es sei verwunderlich, daß ausgerechnet die Anhänger des

ehemaligen Finanzministers Dziochowski, der selbst das Budget um 18 Millionen überschritten habe, gegen die Regierung agitieren. Dessenigen, die dem früheren Finanzminister gestern bei seiner Rede im Sejm Beifall spendeten, hätten selbst den Staatsbankrott herbeiführen und das Staatsvermögen verschwenden. Der Sejm sollte sich überlegen, was nach seiner Ablehnung des Budgets geschehen würde. Polen könne heute nicht mehr zur Verzweiflung zurückkehren und ewige Kabinettstürzen durchmachen.

Eine russische Spionageorganisation in Polen.

Warschau, 24. Sept. Wie aus Warschau gemeldet wird, ist dort eine große russische Spionageorganisation in Arbeit. Die Spionageorganisation, die in den Ostgebieten nicht nur beim Militär, sondern auch bei der Eisenbahn, Post und politischen Verwaltung gearbeitet hätte, aufgedeckt worden. Bis jetzt wurden 80 Personen verhaftet. (M. T. D.)

König Georg hofft auf seine Rückkehr.

Paris, 24. Sept. Der frühere König Georg von Griechenland, der auf der Durchreise von Paris nach Bukarest in Mailand weilte, soll dort die Ansicht geäußert haben, daß seine Rückkehr auf den Thron nur eine Frage der Zeit sei, da der gegenwärtige Zustand nicht andauern könne. Die angebliche Verbindung des Generals Kondylis mit ihm erklärte der König als eine Erfindung.

Der König von Rumänien schwer erkrankt.

Bukarest, 24. Sept. Der König ist plötzlich schwer erkrankt, so daß eine Operation notwendig geworden ist.